



## **ARBEITSGEMEINSCHAFT KATHOLISCHER VERBÄNDE ÖSTERREICHS - AKV**

**Generalversammlung am 9. Dezember 2015**

### **LEITANTRAG: "MIGRATION"**

#### **AKV für eine Asyl- und Flüchtlingspolitik mit Realitätssinn und Augenmaß**

Kein Land auf der Welt kann unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen. Auch Österreich als eines der wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder in Europa kommt an seine Belastungsgrenzen.

Laut Schätzungen werden heuer 95.000 Menschen in Österreich um Asyl ansuchen, die Hälfte davon wird Asyl erhalten.

Österreich hat in der Flüchtlingskrise Humanität und Hilfsbereitschaft bewiesen. Unser Land hat Beispielhaftes geleistet, seien es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hilfsorganisationen, der Polizei, und die vielen ehrenamtlichen und freiwilligen Helferinnen und Helfer aus kirchlichen und sozialen Organisationen.

Die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände (AKV) ist sehr dankbar und voll Anerkennung für die vielfältige ideelle, personelle und materielle Hilfe, die in den letzten Monaten geschehen ist und noch geschieht.

Die AKV ersucht ihre Mitglieder, bei dieser Hilfe mitzuwirken und nicht nachzulassen. Sie entspricht dem christlichen Gebot der Nächstenliebe und der ethischen Forderung nach Solidarität mit den betroffenen Menschen

#### **Wir können nicht alle aufnehmen, die zu uns wollen.**

In dieser Situation dürfen aber die längerfristigen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Konsequenzen von Migrationsströmen nicht vergessen werden. Deshalb tritt die AKV für eine umfassende Flüchtlingspolitik mit Realitätssinn und Augenmaß ein.

Für die AKV geht es bei einer verantwortlichen Bewältigung der Flüchtlingsfrage nicht nur um die ausschließliche Orientierung an einer idealistischen Gesinnungsethik, sondern auch um die Umsetzung einer realistischen Verantwortungsethik, die auch die gesellschaftlich erwartbaren Folgen dieser Entwicklung entsprechend berücksichtigt.

Es besteht eine Verantwortung gegenüber den Bürgern des eigenen Landes und es gilt eine längerfristige Überforderung von Staat und Gesellschaft zu verhindern. Die große Zuwanderung muss unter Wahrung der Aufnahmefähigkeit und der Akzeptanz unserer Gesellschaft bewältigt werden, damit die Integrationsfähigkeit unseres Landes auch langfristig gewährleistet ist.

Darum muss es bei der Zuwanderung Regeln geben. Der Zustrom von Flüchtlingen nach Europa muss reduziert und besser gesteuert werden. Der Staat muss die Entscheidungshoheit darüber behalten, wer nach Österreich einreisen darf.

Nicht jeder, der hier um Asyl ansucht, wird bleiben können. Es muss unterschieden werden zwischen jenen, die unseren Schutz brauchen und jenen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen. Schutz soll bei uns derjenige finden, der verfolgt ist, aber nicht jeder, der auf der Suche nach besseren Lebensverhältnissen ist. Nur mit dieser Differenzierung können effektive Hilfe und Integration gelingen. Wir brauchen deshalb ein einheitliches europäisches Asylverfahren mit einem vergleichbaren Niveau sozialer Leistungen.

### **Wir brauchen Klarheit und Kontrolle darüber, wer in unser Land kommt.**

Die gegenwärtige Extremsituation in der Flüchtlingskrise ist eine Folge des Zustandes der ungenügenden Durchsetzung des europäischen Rechtsbestandes. Dass sich jeden Tag viele Tausende über verschiedene Routen auf den Weg machen und bisher nach Österreich, Deutschland oder Schweden durchgewunken wurden, ist nur möglich, weil die Regeln von Schengen und Dublin von vielen Mitgliedsstaaten nicht eingehalten wurden. Alle Staaten in Europa – auch Österreich – müssen diesen Zustand beenden und die gemeinsamen europäischen Regeln wieder durchsetzen. Dublin muss wieder vollständig in Kraft gesetzt werden, damit Asylsuchende in den Staaten, die nach diesen Regeln zuständig sind, ein entsprechendes Verfahren bekommen und bei negativen Entscheidungen auch in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden können. Schengen muss wieder vollständig in Kraft gesetzt werden, damit Personen ohne Bleiberecht bereits an den Außengrenzen des Schengen-Raumes zurückgewiesen werden können. Nur wenn die europäischen Außengrenzen dauerhaft effektiv gesichert werden, sind Personenkontrollen an den Binnengrenzen verzichtbar.

Bis zur europäischen Bewältigung der Flüchtlingskrise muss es bei internen Grenzkontrollen bleiben. Österreich muss Klarheit haben, wer in unser Land kommt, und wer sich hier aufhält. Illegale Einreise muss ein Straftatbestand bleiben.

### **Wir brauchen Kontingente und Quoten**

Die EU muss gemeinschaftlich Kontingente und Quoten festlegen und anerkannte Flüchtlinge fair verteilen. Auch Österreich sollte längerfristig ein Kontingent für Kriegsflüchtlinge entsprechend seinen leistbaren Kapazitäten festlegen.

Asylanträge von Personen ohne Bleibeperspektive müssen schnell bearbeitet werden. Abgelehnte und damit ausreisepflichtige Asylbewerber müssen zurückgeführt werden.

Deshalb muss zwischen dem Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention und subsidiärem Schutz unterschieden werden. Es ist nicht das Gleiche, ob jemand direkt um Leib und Leben fürchten muss oder aus nicht umkämpften Gebieten oder sicheren Flüchtlingscamps in die EU kommt. Wenn keine individuellen Verfolgungsgründe vorliegen, darf es im Regelfall nur noch subsidiären Schutz geben.

Bei der Überprüfung des Asylstatus nach drei Jahren soll auch der persönliche Integrationsfortschritt überprüft werden. Wer sich gut integriert hat, soll - unabhängig von der Lage im Herkunftsland - bleiben dürfen. Ähnlich wie beim humanitären Bleiberecht soll der Integrationserfolg für eine Fortsetzung des Aufenthaltsstatus ausschlaggebend sein.

Es soll bei den Flüchtlingen nicht der falsche Eindruck entstehen, dass jeder zu uns kommen kann, dass alle auf Dauer bleiben können und dass sie alle ihre Familienangehörigen nachholen können. Ein solches Versprechen kann nicht eingelöst werden und führt nur zu Enttäuschungen.

### **Weitere Flüchtlingsströme müssen durch Bekämpfung der Fluchtursachen verhindert werden.**

Österreich muss mehr zur Bekämpfung von Fluchtursachen und zur Stabilisierung vor Ort beitragen und bestehende Flüchtlingscamps in den Herkunfts- und Nachbarländern stärker als bisher unterstützen. Mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln kann man vor Ort deutlich mehr bewirken, als wir bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Österreich je leisten könnten.

Wir brauchen ein europäisches Flüchtlingshilfswerk, das in Europa und der Welt Flüchtlingen schnell und direkt Hilfe zukommen lässt.

Die arabischen Staaten dürfen sich ihrer Verantwortung nicht länger entziehen, sowohl was die Flüchtlingsaufnahme, als auch was die finanzielle Unterstützung betrifft. Ferner sollten auch die klassischen Einwanderungsländer wie die USA, Kanada und Australien ihre Aufnahmebereitschaft erhöhen, denn sie sind teilweise für die Ursachen der Flüchtlingsbewegung mitverantwortlich.

### **Unsere Leitkultur ist mehr als unsere Gesetze.**

Die AKV tritt dafür ein, dass das christlich abendländische Erbe unseres Kontinents auch in Zukunft bewahrt bleibt. Das Christentum ist ein elementarer Teil der Leitkultur Europas und macht einen wichtigen Teil seiner Identität aus. Unsere Leitkultur ist geprägt von den christlich-jüdischen Traditionen und Wertvorstellungen, den humanistischen Werten der Aufklärung, von unserer Geschichte und unserer Kultur.

Christliche Feiertage bestimmen unseren Kalender, christliche Kirchen prägen unsere Orte und in den christlichen Traditionen wurzelt unser Brauchtum.

Zu unseren christlichen Werten gehört auch Toleranz gegenüber anderen Religionen und deren Ausübung. Im Gegenzug verlangen wir Respekt vor der christlichen Prägung unseres Landes.

Wenn ein Flüchtling bleiben will, muss er sich in unser gesellschaftliches Miteinander einfügen und unsere Regeln des Zusammenlebens achten.

Die AKV bekennt sich zu einer pluralen und weltoffenen Gesellschaft und zu einer Gesellschaft der Vielfalt. Parallelgesellschaften und Ghettoisierung lehnen wir ab.

### **Trennung von Kirche und Staat.**

Die AKV bekennt sich zur Trennung von Staat und Kirche. Bei uns ist kein Platz für religiösen Fundamentalismus oder Fanatismus. Zwangsverheiratung, Zwang zum Kopftuch oder zur Vollverschleierung gehören nicht in unseren Kulturkreis. Bei uns sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Wer das Grundrecht auf Asyl einfordert, muss die Grundrechte anderer Menschen respektieren.

Unsere Demokratie muss sich verteidigen und gegen jede Form von Extremismus, Gewalt und Terror entschieden vorgehen: Für die menschenverachtenden Ziele des sogenannten Islamischen Staates oder anderer Terrororganisationen darf nicht straflos geworben werden.

### **Die weltweite Christenfeindlichkeit ist für uns ein Alarmsignal.**

Christen sind die wegen ihrer Religion am stärksten verfolgten Menschen weltweit. In vielen Ländern ist Christenfeindlichkeit an der Tagesordnung. Viele Flüchtlinge kommen aus einem Umfeld, wo das toleriert oder sogar gefördert wird. Ihnen muss klar sein: Christophobie wird bei uns nicht billigend hingenommen!

### **Es darf keinen neuen Antisemitismus in Österreich geben.**

Wir sind froh über das gelungene Zusammenleben der christlichen und jüdischen Glaubensgemeinschaften in unserem Land. Viele der heutigen Flüchtlinge kommen aus Regionen und Staaten, in denen das Existenzrecht Israels geleugnet wird. Ihnen muss klar sein: Für israelfeindliche und antisemitische Agitation ist bei uns kein Platz.

### **Integration braucht gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung.**

Die Integration von Flüchtlingen ist eine schwierige, aber bewältigbare Herausforderung. Sie setzt jedoch eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung voraus. Sie wird auch mit einer langfristigen finanziellen Verpflichtung des Staates verbunden sein. Dazu ist eine entsprechende gesamtstaatliche Rahmenplanung notwendig.

Gemeinsames Integrationsziel muss sein, dass anerkannte Flüchtlinge ein selbstbestimmtes Leben aus eigener Kraft und im Einklang mit unseren gesellschaftlichen Leitwerten führen können.